

Ltd. KVD Allroggen informierte, dass in Abstimmung mit den sozialpolitischen Sprechern der Fraktionen die diesjährige Informationsfahrt des Ausschusses für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung und des Ausschusses für Angelegenheiten von Menschen mit Behinderungen am 17.05.04 stattfinden werde. Ziele seien die gemeinsam von Diakonischem Werk und Caritasverband betriebene Anlaufstelle für Suchtkranke in Eitorf, die von den Rheinischen Kliniken Bonn geplante psychiatrische Ambulanz am Krankenhaus Eitorf, die auch ein Angebot für Suchtkranke vorhalten werde, und das Frauenzentrum des Vereins Frauen helfen Frauen Bad Honnef/Königswinter in Bad Honnef.

Abg. Gräfin Strachwitz regte den Besuch des Freiwilligenzentrums des Diakonischen Werkes in Siegburg an. Sofern dies nicht möglich sei, erinnere sie an ihre Anregung aus der letzten Sitzung des Ausschusses, die Mitarbeiterin des Freiwilligenzentrums, Frau Wingen, über ihre Arbeit im Ausschuss berichten zu lassen.

Abg. Eichner schlug vor, ggf. in einer der nächsten Informationsfahrten auch eine der Institutionen zu besuchen, die den Zuschlag der Arbeitsverwaltung zur Qualifizierung arbeitsloser Menschen im Rhein-Sieg-Kreis erhalten hätten.

Im Übrigen nahm der Ausschuss den Bericht der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

Auf die Anfrage des Abg. Eichner nach dem Sachstand zum Druckraum im Café KoKo und dem Drogentelefon berichtete Herr Arenz, dass nach den erforderlichen Abstimmungen mit der Bezirksregierung und mit der Landesregierung eine Betriebsgenehmigung erteilt werde, die dann vom Träger zügig umgesetzt werde.

Das Drogentelefon sei eingerichtet. Trotz Veröffentlichungen in der örtlichen Presse sei bisher nicht die von den Trägern erwartete große Nachfrage eingetreten, sodass gemeinsam mit den Trägern über eine größere Werbekampagne nachgedacht werden solle.

Ltd. KVD Allroggen informierte ergänzend, dass er hinsichtlich Druckraum im Café KoKo die unterschriebene Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen Rhein-Sieg-Kreis, Stadt Troisdorf, Staatsanwaltschaft und Landrat als Polizeibehörde erhalten habe, sodass die wesentlichen Formalitäten erfüllt seien.